

Die Wende in der deutschen Wirtschaftspolitik

— Ursachen, Tatsachen und Illusionen —

Vortrag von Prof. Karl-Heinz Dignas, Wiesmoor 29.1.85

I. Einführung

Es gibt wohl kaum einen anderen Ausdruck der deutschen Sprache, der so prägend für die öffentliche Diskussion der letzten Jahre in der Bundesrepublik Deutschland gewesen ist wie das Wort „Wende“. Doch mit Wörtern ist es so wie mit Geldmünzen: Werden zu viele davon in Umlauf gebracht, dann verlieren sie an Wert. Das Wort „Wende“ wird jetzt in so vielen Bereichen, auf so viele Sachverhalte, beschreibend und positiv oder negativ wertend angewendet, daß man Mühe hat, damit überhaupt noch einen präzisen, fest umrissenen Sinn zu verbinden.

Um gar nicht erst in die Gefahr zu kommen, in eine unfruchtbare Diskussion über die „wirkliche“ Bedeutung des Wortes Wende zu geraten, möchte ich vorschlagen, die „Wende in der deutschen Wirtschaftspolitik“ auf den Übergang von der sozialliberalen Koalition auf die christlich liberale Koalition in den Jahren 1982, 1983 zu terminieren.

Im Hinblick auf diese Wende stellen sich folgende Fragen, denen ich in diesem Referat nachgehen und für die ich Antworten formulieren werde. Diese Fragen sind:

- (1) Welcher Anlaß bzw. welche Ursachen führten dazu, überhaupt eine Wende, eine Änderung der Wirtschaftspolitik, ins Auge zu fassen?
- (2) Was steckt hinter der Rede von der Wende an konzeptionellem Gehalt, an Zielen und Theorien und wie sind diese zu bewerten?
- (3) Hat die Rede von der Wende über die sprachliche und theoretische Ebene hinaus bis heute faktische Auswirkungen gezeigt und wie sind diese zu beurteilen?

II. Die wirtschaftliche Situation in den 70-er, Anfang der 80-er Jahre

1. Die wirtschaftlichen Krisen

Um den Anlaß bzw. die Ursachen für eine Wende der Wirtschaftspolitik aufzufinden, muß ich Sie an die wirtschaftliche Situation in den 70-er, Anfang der 80-er Jahre erinnern. Diese Zeit war geprägt von wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, die manche Betrachter zu dem Schluß führten, wir befänden uns in der 2. Weltwirtschaftskrise dieses Jahrhunderts.

Tatsache ist, daß die wirtschaftlichen Wachstumsraten in diesen Jahren gegenüber den 50-er und 60-er Jahren rückläufig, sogar Jahre des Null- und Minuswachstums zu verzeichnen waren. Diese Wachstumskrise aber zog andere Krisen nach sich:

- (1) Die Inflationsraten stiegen rapide an,
- (2) die Arbeitslosigkeit nahm bedrohliche Ausmaße an,
- (3) sogar die Bundesrepublik Deutschland sah sich ungewohnten Leistungsbilanzdefiziten gegenüber,
- (4) der Staat schlidderte immer tiefer in eine schwere Finanzkrise,
- (5) die Krise des Sozial- und Wohlfahrtsstaates war unübersehbar geworden.

2. Die Erklärung der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen

Wie konnte man damals — und da diese Krisenerscheinungen bis heute noch nicht überwunden sind — wie muß man auch heute diese Krisen erklären? Vor allem: Welche Erklärung gibt es für die Wachstumskrise, die ja Auslöser auch für die anderen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen war und ist?

Diese Fragen und ihre Beantwortung sind nicht nur von akademisch- wissenschaftlichem Interesse. Sie sind auch politisch enorm wichtig. Denn sie zeigen uns den Weg zu einer Veränderung der Lage.

Nun gibt es im Hinblick auf wirtschaftliche Phänomene - wie übrigens auch in anderen Bereichen - viele verschiedene Erklärungen. Auch bezogen auf die Wachstumskrise der 70-er und der beginnenden 80-er Jahre sieht das nicht anders aus.

- (1) Die erste Gruppe von Erklärungen lassen sich auf die These „Es ist ganz normal, daß es diese Wachstumskrise gibt“ reduzieren.
- (2) Eine zweite Gruppe von Erklärungen, die unter Wirtschaftspolitikern sehr beliebt ist, kann man mit dem Satz „Die anderen haben Schuld“ charakterisieren.
- (3) Eine dritte Gruppe sieht die Ursachen in einer allgemeinen Nachfrageschwäche. Die Menschen wollen nach dieser Ansicht kein Wachstum mehr, ihre Bedürfnisse sind gesättigt.
- (4) Eine vierte Gruppe sieht absolute naturgegebene Grenzen des Wachstums.
- (5) Schließlich gibt es eine fünfte Gruppe von Erklärungen, die die Schuld für die Wachstumskrise in dem herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sehen.

III. Was tun?

Wer hat recht? Wir haben oben schon gesehen, daß die Antwort auf diese Frage entscheidend auch für die Beantwortung der Frage „Was tun?“ ist. Lassen wir deswegen noch einmal unter diesem Gesichtspunkt die verschiedenen Erklärungen Revue passieren.

- (1) Das fatalistische Sich-Abfinden mit dem Schicksal in der Hoffnung, daß nach einem Bibelspruch den sieben mageren wieder sieben fette Jahre folgen werden, mag dem einen oder anderen sogar sympathisch erscheinen. Eine solche Haltung ist aber nicht modern in einer Zeit, in der man vor allem auf Aktion Wert legt.
- (2) Der Versuch, die Schuld bei anderen zu suchen, kann kurzfristig durchaus seine Berechtigung haben. Auf Dauer läßt sich aber diese Ausrede nicht halten. Denn es spricht sich herum, daß die Volkswirtschaften recht unterschiedlich z.B. mit dem exogenen Schock Erdölkrise fertig geworden sind.
- (3) Ökonomen sind im allgemeinen nicht bereit, die These von der Nachfrageschwäche als Wachstumsbremse zu akzeptieren. Zwar gab und gibt es immer wieder partielle Sättigungserscheinungen für bestimmte Güter an bestimmten Märkten. Die These einer allgemeinen Sättigung aller menschlichen Bedürfnisse widerspricht aber so eklatant jeder Erfahrung, daß man sich bei dieser Erklärung nicht weiter aufhalten sollte.
- (4) Auch die These von den absoluten Grenzen des Wachstums wurde von Ökonomen immer schon mit sehr viel Skepsis betrachtet. Wachstum ist aus ökonomischer Sicht auch in Zukunft möglich. Diese Option schließt einen Übergang vom sogenannten quantitativen zum qualitativen Wachstum ein.

(5) Ob aber mögliches Wachstum tatsächlich eintritt, hängt in der Tat schwergewichtig vom jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ab. Es gibt nämlich Systeme, die die das Wachstum begünstigenden Faktoren wie Leistungsfähigkeit und -willigkeit der Menschen, ihre Anpassungsfähigkeit und -willigkeit, ihre Innovationsfähigkeit und -willigkeit eher belohnen, während andere sie eher bestrafen. In den ersteren Systemen ist Wachstum deshalb grundsätzlich kein Problem, während in den letzteren die Wachstumschancen gering sind.

Das System, das für das Wachstum aus den genannten Gründen günstig ist, ist das System der wettbewerblichen Marktwirtschaft. Theorie und Praxis zeigen uns, daß dieses System in dieser Beziehung - ohne Wenn und Aber - jedem anderen überlegen ist. Wer also Wirtschaftswachstum für wünschenswert und für möglich hält, der kann gar nicht anders, als, um ein Schlagwort aufzugreifen, für mehr Markt und für weniger Staat zu plädieren.

III. Die programmatische Wende und ihre Realisierung

1. Allgemeine Probleme einer Hinwendung zu einer mehr marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik

Die Aussage „Mehr Wachstum durch mehr Markt und weniger Staat“ ist — wie wir alle wissen — auch der Kern der wirtschaftspolitischen Programmatik der in Bonn regierenden christlich-liberalen Koalition. Nachzulesen in den Regierungserklärungen und in den Thesenpapieren der Politiker Graf Lambsdorff, Haimo George und Ernst Albrecht.

Gerade die äußerst scharf und kontrovers geführte öffentliche Diskussion dieser letztgenannten Thesenpapiere hat aber gezeigt, daß es für einen Erfolg der Politik hin zu mehr Markt nicht ausreicht, die Vorteile der gesamtwirtschaftlichen Steuerungsmethode Markt gegenüber der alternativen Methode staatliche bzw. politische Steuerung argumentativ herauszustreichen und sie politisch-programmatisch festzulegen.

Es muß vielmehr ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Vorteilhaftigkeit dieses marktwirtschaftlichen Systems herbeigeführt werden. Wenn nämlich das gesellschaftliche Umfeld (Schule, Kirche Medien usw.) dem marktwirtschaftlichen System feindlich gegenübersteht und wenn die feindliche Einstellung unserer Intellektuellen gegenüber diesem sogenannten kapitalistischen System sich nicht zum Positiven hin verändert, dann kann sich dieses System auf Dauer nicht halten bzw. es kann nicht mehr reaktiviert werden.

Hinzu kommt noch, daß die Forderung nach mehr Markt und weniger Staat im Kern eine ordnungspolitische Aussage darstellt. Marktwirtschaftliche Ordnungspolitik heißt aber Durchsetzung wachstumsförderlicher Rahmenbedingungen, die dann von den Privaten eigenverantwortlich ausgefüllt werden müssen. Dies heißt Änderung der Strukturen und Institutionen. Eine solche Politik ist also von der Natur der Sache her langfristig angelegt. Sie braucht Zeit. Auch ihre Früchte reifen somit erst langfristig.

Damit steht aber eine solche Politik zwangsläufig in einem Dauerkonflikt mit den politischen Gesetzmäßigkeiten einer Demokratie. In einer Demokratie ist, wenn auch vielleicht nicht total, aber zumindest partiell immer Rücksicht zu nehmen auf den nächsten Wahltermin. Und irgendwo ist immer eine Wahl. Dies führt aber zu der unter dem langfristigen ordnungspolitischen Aspekt bedauerlichen Kurzatmigkeit der Politik, zu ihrem blanken Aktionismus, zu einem konzeptionslosen Interventionismus, der uns ja, ohne daß dies die verantwortlichen

Politiker immer unbedingt wollten, geradewegs in die vielen wirtschaftlichen Krisen hineingeführt hat.

Kann die Regierung der Wende mit diesen Problemen fertig werden, kann sie diesen Dilemmata entgehen?

2. Die wirtschaftspolitische Praxis

a) Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik

Jetzt ist diese Bundesregierung rund zwei Jahre im Amt. Wie sieht augenblicklich die wirtschaftliche Lage aus? Kann die Politik der Wende schon einige Erfolge aufweisen oder war ihre Politik von Mißerfolgen begleitet?

Wir wollen diese Fragen zunächst einmal auf den Bereich der Politik beziehen, den man im engeren Sinne als Wirtschaftspolitik bezeichnet: nämlich auf die Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik. Erfolg oder Mißerfolg der Wirtschaftspolitik werden üblicherweise im Hinblick auf die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gemessen. Schauen wir uns daraufhin die üblichen makroökonomischen Daten an, so stellen wir fest:

- Die Inflationsrate, gemessen am Lebenshaltungspreisindex aller privaten Haushalte, liegt augenblicklich etwa bei 2,5 Prozent;
- die Zahl der Arbeitslosen beträgt etwa 2,2 Millionen, die Arbeitslosenquote liegt knapp unter 10 Prozent;
- die Leistungsbilanz ist positiv;
- die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate beträgt, gemessen am realen Bruttosozialprodukt, etwa 2,5 Prozent.

Vergleicht man diese Lage mit der Lage Anfang der 80-er Jahre, also mit der Situation vor der Wende, so ist im Hinblick auf die Ziele Preisniveaustabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Wirtschaftswachstum ohne Zweifel eine Verbesserung festzustellen. Es bleibt aber die weiterhin unbefriedigende Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Inwiefern ist aber diese Lage, ihre positiven wie ihre negativen Akzente, auf die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zurückzuführen? Ich meine, wir sollten mit einem gesunden Schuß Skepsis an diese Frage herangehen. Es wäre doch wohl zu kurzschlüssig gedacht, alles Gute und Schlechte der heutigen Situation der Bundesregierung anzulasten.

Aus diesem Grunde — und auch bezugnehmend auf das Programm der Wende — muß die Frage etwas anders lauten, nämlich: Hat die Bundesregierung durch ihre Wirtschaftspolitik die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für mehr Wachstum in diesen zwei Jahren verbessert?

Da es gute Argumente für die Ansicht gibt, daß Inflationen, besonders aber hohe, unvorhersehbare Inflationsraten, auf Dauer den marktwirtschaftlichen Koordinations- und Steuerungsprozeß empfindlich stören ja sogar zerstören, sollte es die Aufgabe der *Geldpolitik* sein, Antiinflationpolitik zu betreiben bzw. die Preisniveaustabilität zu gewährleisten.

Das bedeutet, folgt man monetaristischen Vorstellungen, eine Geldmengenpolitik, ausgerichtet im Prinzip am Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials.

Die Deutsche Bundesbank verfolgt eine solche Politik, glaubt man ihren Verlautbarungen, seit dem Jahre 1974. Monetaristen wie z.B. Karl Brunner begleiten allerdings die Politik der Bundesbank mit eher kritischen Kommentaren. Alles in allem kann man aber wohl sagen, daß die deutsche Notenbank, im Gegensatz zu anderen Zentralbanken, wenigstens in den letzten Jahren eine stabilitätsbewußte und damit eine wachstumsfördernde Politik betrieben hat. Da sie dies aber schon vor dem Regierungswechsel in Bonn getan hat, war somit eine Wende der Geldpolitik nicht notwendig.

Anders sieht die Situation in der *Finanzpolitik* aus. Hier hat die christlich-liberale Koalition in dieser kurzen Zeit einen geradezu überragenden Konsolidierungserfolg errungen. Diese überraschend schnelle und in dieser Höhe völlig unerwartete Konsolidierung hat die Wachstumsbedingungen unserer Volkswirtschaft ganz gewiß verbessert:

- (1) Das Vertrauen in künftig wieder solide Staatsfinanzen mit all seinen vielfältigen, wenn auch im einzelnen nicht leicht faßbaren positiven Rückwirkungen auf die Wirtschaft (auch auf die Anleger am internationalen Kapitalmarkt) konnte und kann sich erneuern;
- (2) Die Furcht vor einer immer weiter steigenden staatlicher Abgabenlast wurde gebannt;
- (3) die staatliche Kapitalnachfrage, die die Zinsen hochhält, wurde vermindert.

Allerdings verdeckt dieser unbestreitbare Erfolg in der quantitativen Konsolidierung des Staatshaushaltes den Tatbestand, daß man in der Frage der qualitativen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte noch nicht sehr weit gekommen ist. Hierbei geht es um die Umgestaltung der öffentlichen Ausgaben und des Steuersystems in eine marktwirtschaftskonforme wachstumsfreundlichere Richtung. Zu nennen sind hier u.a.:

- (1) der Abbau der Subventionen,
- (2) die Privatisierung öffentlicher Leistungen und öffentlichen Vermögens,
- (3) der Umbau des —Steuersystems.

Gerade hier — bei der so dringend notwendigen qualitativen Konsolidierung — zeigt sich in aller Schärfe das Problem, das oben schon angesprochen worden ist:

Es ist aus ordnungspolitischer Sicht auf dem Weg zu mehr Markt vieles wünschenswert. Realisierbar ist dies alles, wenn überhaupt, nur Schritt für Schritt. Dies zerstört hoffentlich die Illusionen derjenigen, die eine Wende in der Wirtschaftspolitik schon dadurch gewährleistet sahen und sehen, daß einige Personen an den Schalthebeln der politischen Macht ausgewechselt werden.

Und wie steht es um die *Einkommenspolitik*? In einer marktwirtschaftlichen Ordnung wird im Prinzip über das Einkommensniveau, über die Einkommensstruktur und über die Einkommensentwicklung auf den Märkten für Güter und Faktoren durch das Spiel von Angebot und Nachfrage entschieden. Auch der Arbeitsmarkt ist damit letzten Endes diesen Marktgesetzmäßigkeiten unterworfen. Direkte Einkommenspolitik zu betreiben, ist also in einem solchen System dem Grundsatz nach nicht Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik, Vielmehr sind z.B. auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland in erster Linie die Tarifparteien — Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände — gefordert und damit die Adressaten möglicher Vorschläge für eine marktwirtschaftskonforme, wachstumsfreundliche und beschäftigungsfördernde Einkommens- und Lohnpolitik.

Wie könnten aber solche Vorschläge aussehen? In einer Marktwirtschaft ist Arbeitslosigkeit immer auch ein Indiz dafür, daß unter den herrschenden Bedingungen der Reallohn zu hoch ist. Insofern haben die Tarifparteien mindestens eine Mitverantwortung für den Beschäftigungsstand in einer Volkswirtschaft. Um die Arbeitslosigkeit zu verringern, ergäbe sich daraus der Schluß, daß die Tarifpartner möglichst eine Steigerungsrate des Tariflohnes festlegen sollten, die unter der Rate des Produktivitätsfortschritts liegt. Im übrigen wäre es aus beschäf-

tigungspolitischen Gründen sinnvoll, die Politik der Lohnnivellierung der letzten Jahrzehnte aufzugeben und ganz im Gegensatz dazu zu einer Differenzierung der Löhne nach Wirtschaftssektoren, nach Regionen, nach Lohngruppen und Qualifikationen aus Berufserfahrung und Schulbildung überzugehen.

- Schaut man sich daraufhin gegenwärtig auf dem Arbeitsmarkt um, so stellt man fest, daß die Idee der Lohndifferenzierung auch bei den letzten Tarifverhandlungen nicht auf Gegenliebe gestoßen ist. Positiver im Hinblick auf eine beschäftigungsfördernde Lohn- und Einkommenspolitik ist die Entwicklung des allgemeinen Lohnniveaus zu sehen.
- Im Mittelpunkt der Tarifaueinandersetzungen des vergangenen Jahres 1984 standen die Forderungen der Gewerkschaften nach Arbeitszeitverkürzung, denen ja auch schließlich nachgegeben wurde. Der Arbeitskampf deswegen in der Metallindustrie ist uns allen ja noch in lebhafter Erinnerung.
- In diesem Zusammenhang ist aus ökonomischer Sicht dazu in Kürze nur folgendes zu sagen: Eine zwangsweise generelle Arbeitszeitverkürzung ist aus ordnungspolitischer Sicht ein großer Sündenfall. Wachstumspolitisch ist eine Arbeitszeitverkürzung in jeder Form kontraproduktiv.
- Aber auch beschäftigungspolitisch gibt es bei der Beurteilung der Arbeitszeitverkürzung viele Haare in der Suppe. Alles in allem gesehen muß sich derjenige, der die Wende in der deutschen Wirtschaftspolitik als zweckmäßig ansieht, im Prinzip gegen eine Arbeitszeitverkürzung aussprechen, da sie vom Ansatz her eine rein defensive, nicht aber — wie erwünscht — eine offensive Maßnahme im Sinne von mehr Wirtschaftswachstum zur Lösung der anstehenden Probleme darstellt.

2. Die wirtschaftspolitische Praxis

b) Verteilungs- und Sozialpolitik

Während im allgemeinen die Problemlösungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems im Hinblick auf die Produktion von Gütern, im Hinblick auf mehr wirtschaftliches Wachstum — auch von seinen Gegnern — als sehr hoch eingeschätzt wird, so herrscht ebenso allgemein die Ansicht vor, die Verteilung der Güter und Einkommen in einer marktwirtschaftlichen Ordnung sei eher als unbefriedigend, als unsozial, als ungerecht anzusehen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Gegner der wirtschaftspolitischen Wende in Bonn die von der christlich-liberalen Koalition besonders herausgestellte These „Mehr Markt - weniger Staat“ gerade mit verteilungs- und sozialpolitischen Argumenten angreifen. Die Schlagwörter, die mittlerweile jeder von uns kennt, weil sie medienpolitisch ja ungemein griffig sind, lauten in diesem Zusammenhang: Umverteilung von unten nach oben, zurück zur Ellbogengesellschaft, neue Armut.

Dieser Sicht entsprechen auch die Erwartungen vieler Unternehmer und Unternehmerverbände - die das natürlich positiv bewerten - die die Wende in Bonn mit höheren Einkommen und Gewinnen für sich selbst gleichsetzen. Und auch manche Mitglieder und Funktionäre der Koalitionsparteien werden nicht müde, darauf hinzuweisen, daß ihr wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Leitbild nicht die „freie“ sondern die „soziale“ Marktwirtschaft sei.

Sind aber tatsächlich freie Marktwirtschaft und Sozialpolitik wie Feuer und Wasser? Bedarf eine marktwirtschaftliche Ordnung grundsätzlich der Ergänzung oder Korrektur durch staatliche Umverteilungs- und Sozialpolitik?

Dazu ist zunächst einmal grundsätzlich folgendes zu bemerken: Ganz gewiß gehört es zu den charakteristischen Merkmalen einer Marktwirtschaft, daß bei Markterfolgen die Chancen auf ein überdurchschnittliches Einkommen gegeben sein müssen. Denen aber auf der anderen Seite, und das vergessen manchmal die Unternehmer, das Risiko eines Verlustes gegenüberstehen muß.

Ganz gewiß lassen sich in einer Marktwirtschaft Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung statistisch leicht nachweisen. Aber was heißt das schon? Wir müssen uns doch fragen, welche Ursachen für diese Einkommens- und Vermögensdifferenzen vorliegen. Im übrigen: Wenn die höheren Einkommens- und Vermögenspositionen zwar immer besetzt sind, die Personen aber wie in Hotels oder Zügen ständig wechseln, dann muß dieser Tatbestand doch wohl anders bewertet werden, als wenn diese Positionen immer die gleichen Personen und ihre Familien innehaben, oder?

In diesem Zusammenhang muß man den Unternehmern noch etwas ins Stammbuch schreiben, was sie häufig vergessen: Wettbewerbliche marktwirtschaftliche Ordnungen belohnen ja nicht die Unternehmer, sondern die Personen, die etwas unternehmen. Daß diese Gruppen nicht deckungsgleich sind, kann wohl kaum geleugnet werden. M.a.W.: Gäbe es überall eine wettbewerbliche Marktwirtschaft, so gäbe es manche Unternehmer und Unternehmen schon lange nicht mehr.

Ich möchte darauf wetten, daß vor diesem Hintergrund, wenn Ernst mit der wettbewerblichen Marktwirtschaft gemacht würde, die Liebe mancher Unternehmer zur marktwirtschaftlichen Ordnung schnell abkühlen würde.

All dies wird die Gegner der marktwirtschaftlichen Verteilung wahrscheinlich noch nicht überzeugen. Deshalb noch ein anderes Argument: Wie kommen diese Gegner eigentlich dazu zu meinen, daß der Staat den Kuchen gleichmäßiger und gerechter verteilen könnte als der Markt? Abgesehen davon, daß der Kuchen bei staatlicher Verteilung kleiner ist und daß es keine allgemein gültigen Kriterien für eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung gibt. Glaubt tatsächlich irgendjemand, daß dieser Staat das ist, was er dafür sein müßte: nämlich allgütig, allwissend und allmächtig!

Gibt man einem Löwen den Kuchen, wer kann ihn daran hindern, sich selbst den Löwenanteil zu nehmen!

Trotzdem muß man nicht jede Verteilungs- und Sozialpolitik ablehnen, wie es einige extreme Vertreter marktwirtschaftlicher Ideen - vor allem in Amerika - tun.

Wenn man aber eine Ergänzung oder Korrektur der Marktergebnisse durch staatliche Umverteilungs- und Sozialpolitik für sinnvoll hält, so müssen sich aber auch die Verfahren und Methoden dieser Politik folgenden Beurteilungskriterien stellen:

- (1) Ist das Verfahren zielkonform? D. h. mit anderen Worten: Erreicht man überhaupt damit die verteilungs- und sozialpolitischen Ziele?
- (2) Ist das Verfahren ökonomisch effizient? Werden mit anderen Worten etwa volkswirtschaftliche Ressourcen verschwendet?
- (3) Ist das Verfahren systemkonform? M.a.W.: Wird durch das gewählte Verfahren die marktwirtschaftliche Ordnung verbessert, ist das Verfahren neutral, oder verschlechtert es die Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems?

Die Alternative zu diesem Vorgehen läge darin, schon die gute soziale Absicht verteilungs- und sozialpolitischer Maßnahmen mit den gewollten sozialen Folgen gleichzusetzen. Wenn diese Meinung auch häufig vertreten wird, so kann man dies doch wohl kaum als rationale Haltung zu diesem Problemkreis ansehen: An den Früchten, nicht an den Motiven sollt ihr sie erkennen, sagt schon die Bibel. Welche Grundlagen der Organisation des Sozialen gibt es nun? Die drei wichtigsten sind:

(1) *Produzenten-Subventionen.*

Darunter fallen alle Subventionen an natürliche oder juristische Personen, die es unternehmen, etwas als besonders „sozial“ Angesehenes zu produzieren. Also z.B. Subventionen an Krankenhäuser, Wohnungsbaugesellschaften, Hochschulen.

(2) *Beschränkungen der Vertragsfreiheit.*

Die Beispiele reichen von den gesetzlichen Beschränkungen der Vertragsfreiheit in unserem Wohnungsrecht bis hin zu den zahlreichen Beschränkungen der Vertragsfreiheit in unserem Arbeitsrecht, u.a. auch durch die staatliche Setzung von Mindest- und Höchstpreisen.

(3) *Offene Transfer-Systeme.*

Hierunter fallen alle die Maßnahmen, die dem einen Geld wegnehmen, um es anderen dann zuzuwenden. Beispielsweise Steuern- und Sozialabgaben auf der einen Seite, Sozialhilfe, Wohnungsgeld, aber auch Altersrenten, Krankengeld, Arbeitslosenunterstützung auf der anderen Seite.

Beurteilt man diese drei Grundtypen der Organisation des Sozialen mit Hilfe der oben genannten Kriterien, dann schneiden die beiden ersten sehr schlecht ab.

- Wer kennt nicht den arriierten Mieter im sozialen Wohnungsbau, der immer noch in seiner spottbilligen Wohnung sitzt.
- Immer noch bekommt der Sohn des bestverdienenden Zahnarztes das kostspielige Zahnarztstudium genauso zum Nulltarif wie der Sohn eines Hilfsarbeiters.
- Zehntausende von Sozialwohnungen stehen leer, weil sie den Bedürfnissen potentieller Mieter nicht entsprechen.
- Im Krankenhauswesen sind das Ergebnis der Produzenten-Subventionen Bettenberge und Betonungeheuer wie in Aachen.

Produzenten-Subventionen sind also im Höchsthfall noch zielkonform, aber auf keinen Fall effizient und systemkonform. Noch schlechtere Noten bekommen die Beschränkungen der Vertragsfreiheit. So gibt es aus guten sozialen Motiven heraus keine marktgerechte Entlohnung bezeichnenderweise für die heutigen Problemgruppen des Arbeitsmarktes:

- (1) für Auszubildende,
- (2) für Arbeitnehmer, die nur einfache Arbeiten zu verrichten vermögen (siehe Sockellöhne, Nivellierungspolitik der Löhne nach oben),
- (3) für kränkliche Arbeitnehmer (siehe Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch das Unternehmen anstatt durch eine Versicherung),
- (4) für Frauen u.a. im gebärfähigen Alter (siehe besonderer Kündigungsschutz),
- (5) für behinderte oder ältere Arbeitnehmer (siehe ebenfalls besonderer Kündigungsschutz).

Alles Beispiele für die These „Gute soziale Absicht, aber böse soziale und auch wirtschaftliche Folgen“. Es wäre deshalb sinnvoll, diese beiden Typen sozialpolitisch Maßnahmen abzuschaffen.

Es verblieben als verteilungs- und sozialpolitische Instrumente die offenen Transfer-Systeme. Aber auch hier gilt es, diese offenen Transfer-Systeme im Sinne der obigen Beurteilungskriterien optimal zu gestalten. Es müssen Grenzen gewahrt, Sperren eingebaut werden, damit nicht das ganze Wirtschafts- und Gesellschaftssystem durch diese Transfersysteme in Mitleidenschaft gezogen wird. Daß diese Grenzen schon an manchen Stellen überschritten sind, zeigt u.a. das stetige Wachstum der sogenannten Schattenwirtschaft.

Schaut man sich daraufhin die augenblickliche Lage der Verteilungs- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland an, so sieht diese Lage ziemlich düster aus. Verwendet man das übliche Verlaufsmuster politischer Willensbildungsprozesse bei der Bewältigung von Problemen — Leugnen, Beschönigen, Flickschustern und im günstigsten Fall Reformieren — so ist man auch unter der Ägide der christlich-liberalen Koalition noch lange nicht über die dritte Phase hinaus. Wenn es auch einige gute Ansätze z.B. im Bereich des Arbeitsrechts gibt.

Es wäre eine Illusion, gerade im Bereich der Verteilungs- und Sozialpolitik mit einer baldigen Reform in Richtung auf mehr Markt und weniger Staat zu rechnen. Zu stark sind hier die Widerstände, die sich an folgenden Gruppen festmachen lassen:

(1) Die Politiker selbst.

Schon der Umbau des Sozialsystems wird als soziale Demontage verunglimpft. *Welcher Politiker will schon in diesen Geruch kommen?*

(2) Die staatlichen Bürokraten.

Die notwendige Rationalisierung und Effizienzsteigerung der Verteilungs- und Sozialpolitik würde einen Abbau der Staats- und Sozialbürokratie bedeuten und die Macht der Bürokraten verringern. *Wer hat das schon gern?*

(3) Die Interessenverbände.

Mehr Markt gerade im verteilungs- und sozialpolitischen Bereich würde ihre Position auch gegenüber ihren Klientel schwächen. *Welcher Interessenverband wird dazu Ja sagen?*

(4) Die Sozial-Industriellen.

Die Einführung von Marktelementen in die Systeme der sozialen Sicherung und der Umbau der gesamten Verteilungs- und Sozialpolitik würde den Wettbewerbsgrad erhöhen und bestimmte Monopolrenten abschmelzen lassen, einige Wachstumsbranchen wie die der Steuer- und Subventionsberater in Schwierigkeiten bringen. *Wer hat politisch die Kraft, gegen diese anzugehen?*

IV. Schlußbemerkung

Kommen wir zum Schluß. Zusammenfassend ist zum Thema „Die Wende in der deutschen Wirtschaftspolitik“ folgendes zu sagen:

- (1) Anlaß für diese Wende waren die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in den 70-er, Anfang der 80-er Jahre, deren Mittelpunkt die Wachstumskrise war.
- (2) Um diese Wachstumskrise zu beseitigen, war eine Wende in der Wirtschaftspolitik in Richtung auf mehr Markt und weniger Staat notwendig. Die christlich-liberale Koalition in Bonn hat diese Wende eingeleitet.
- (3) Heute zeigen sich erste Erfolge dieser Politik. Doch wäre es zu wünschen, daß die Wende nicht in den Anfängen stecken bleibt.

- (4) Schlecht sieht es auch weiterhin im Bereich der Verteilungs- und Sozialpolitik aus. Die christlich-liberale Koalition ist hier offensichtlich nicht in der Lage, vielleicht aber auch gar nicht willens, eine echte Reform auf den Weg zu bringen, wie es m.E. die Diskussion um die Steuerreform und die Zwangsabgabe für die sog. Besserverdienenden gezeigt hat.